

Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 3/4

März/April 1992

5 Schilling

Am rechten Rand sind die Grenzen fließend

In welchem Land wir leben, wird vielleicht am besten klar, wenn man Herrn Harald Küssel zitiert, der sich selber einen Nationalsozialisten nennt: „Natürlich bin ich glücklich über den Ausländerwahlkampf. Die FPÖ hat die nationale Komponente . . ., ich habe im achtziger Jahr für die FPÖ kandidiert.“ Derselbe Küssel: „Das KZ Theresienstadt habe ich freiwillig angeschaut, ich habe sehr gelacht.“ Es ist ein Jammer, er hätte sich totlachen sollen.

Nun kann man sagen: Der sitzt ja ohnedies. Dann vielleicht ein weiteres Zitat: „Oft habe ich den Eindruck, daß die Nazi-Vergangenheit Österreichs uns so sehr belastet, daß wir heute nicht einmal mehr den Mut zur Demokratie haben . . ., die Demokratie in Österreich wird vor allem von Gaunern und hörigen Dummköpfen bestimmt.“ Dieser Rülp im Stil des „Völkischen Beobachters“ stammt vom Pornojäger Humer und ist nicht inkriminiert worden. Die Reizschwelle der Österreicher gegenüber solchen Urlauten liegt offenbar sehr hoch. Und dafür wurde ausreichend und jahrzehntelang gesorgt.

Als kürzlich in einer Wiener SPÖ-Bezirksorganisation der Antrag gestellt wurde, eine nach einem fossilen Antisemiten benannte Gasse umzubenennen, wurde dieser Antrag gleich einmal zur Ablehnung empfohlen. In der Diskussion wurde geäußert: „Was soll das? Antisemitismus war doch im 19. Jahrhundert eine gängige Einstellung, und man solle den Bürgerlichen nicht immer ihre Vergangenheit vorwerfen (also dürfte man wohl auch über den austrofaschistischen Ständestaat nichts sagen?). Bruno Kreisky ist offenbar von vielen überhört worden, als er die Mahnung aussprach: „Lernen Sie Geschichte, ja!“

Geschichte wird nicht gelernt. Aktualität ist gefragt, und diese wird von der „Kronen-Zeitung“ vermittelt. Dort kann man eine Glosse des notorischen Herrn Staberl lesen, der die Leser mit dem Hinweis auf neonazistische Auswüchse aufriß, um dann zur Pointe zu kommen: Alles das sei in den USA passiert (also im Land des jüdischen Weltkongresses, fällt dem geichteten Leser nach einigem Kopf-schief-Halten ein). So macht man

das. Da kann selbst Herr Haider noch etwas abpausen. Der rechnet nämlich erst gar nicht mit dem Intelligenzquotienten von KZ-Lesern, wenn er den alten Kameraden – einschließlich derer von der Waffen-SS – braunäugig klar macht, daß sie ihre Pflicht erfüllt hätten (was Waldheim auch gesagt hat) und daß sie Europa vor dem Bolschewismus gerettet hätten (was Waldheim nicht für sich in Anspruch genommen hat).

Man ist verleitet, wie Kreisky zu sagen: „Lernen Sie Geschichte, ja!“ 1939 lag die „bolschewistische“ Grenze bei Njegoreloje, tief in Weißrußland, nach Hitlers Angriff auf Polen lag sie – laut Vereinbarung Hitlers mit Stalin – bei Brest-Litowsk, und 1945 lag sie am Brandenburger Tor. Die vom Nazismus verheizten Soldaten waren die Dummen gewesen. Viele der Überlebenden sind offenbar nicht in der Lage, dies zu begreifen. Sie soldatenbündlern und deutschtümeln munter weiter.

(Fortsetzung auf Seite 2)



**Unser Bundespräsident
für die nächsten
sechs Jahre!**

**Dr. RUDOLF
STREICHER**

(Fortsetzung von Seite 1)

Wäre dies alles nur ein Privatvergnügen, so könnte man darüber zur Tagesordnung übergehen – so diese politisch wirklich gesichert wäre. Wäre das so, dann könnte es keinen Streit um fragwürdige Kriegserinnerungsstätten geben, in denen es auf solcher ungeistigen Grundlage auch demonstrative Hinweise auf die Waffen-SS gibt, die bekanntlich im Nürnberger Prozeß als verbrecherische Organisation eingestuft worden ist: Ihre Landmale, Tulle, Lidice und Marzabotto – um nur drei notorische Ausrottungsorte in Erinnerung zu rufen – und die Untaten der „Einsatzgruppen“, die auf Völkermord spezialisiert waren, sollten doch zu einer gewissen Skepsis verleiten, wenn's ums Helddenehren geht.

Daß dem gar nicht so ist, dafür steht als aktuellstes Beispiel die Stadt Wels samt ihrem sozialistischen Bürgermeister. Dieser meint, daß nicht nur Waffen-SS-Reminiszenzen zu pflegen seien, er verteidigte auch den Umstand, daß die Sporthalle der Stadt nach einem Goldfasan von Hitlers Gnaden benannt ist. Die Benennung beziehe sich ja nicht auf den Goldfasan, sondern auf ihn als (hoffentlich deutschen) Turner.

Vranitzky: NS-Umtriebe mit Härte verfolgen

„Das heutige Österreich ist die demokratische und soziale Antwort auf Faschismus und Nationalsozialismus“, erklärte Bundeskanzler **Dr. Franz Vranitzky** aus Anlaß der 54. Wiederkehr des Einmarsches der deutschen Truppen und des Versuchs einer manipulierten Volksabstimmung im März 1938.

„Österreich hat aus seiner Geschichte gelernt, auch aus seinen Irrtümern und Fehlern. Umso wichtiger ist das Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat, zu sozialer Wohlfahrt und wirtschaftlicher Prosperität. Besonders in einer Zeit, in der das Gespenst des Nationalismus wieder auftaucht und nationalsozialistische Wiederbetätigung sich nicht mehr nur auf einen Einzelfall beschränkt“, führte Vranitzky aus.

„Die Achtung vor den Opfern des Nationalsozialismus, die wir niemals vergessen dürfen, gebietet es, nationalsozialistische Umtriebe mit der ganzen Härte demokratisch legiti-

Demokratie muß wertorientiert sein

„Ich erhebe Anklage gegen die Politiker aller Couleurs und gegen die Geschichte der Zweiten Republik. Gerade aufgrund der Entartung der Ideologie war man nach 1945 stolz auf die Entideologisierung. Die ältere Generation setzt bewußt auf Pragmatismus. In den sechziger Jahren führte das mit dem Aufkommen der Konsumgesellschaft zum Opportunismus. Als gut galt, was

Eine Entnazifizierung hat – im Gegensatz zur Meinung einiger Zeitgeschichtler – in Österreich offenbar nicht stattgefunden.

Andererseits haben die jüngsten Maßnahmen der Polizei gegen militante junge Neonazis nicht nur den Polizeipräsidenten, sondern auch Teile der Öffentlichkeit in Hochstimmung versetzt. Daß es die Langenloiser Nazipartei des HJ-Schimanek gab, wußte man allerdings bereits seit Jahren, wenn man gelegentlich in der Gegend mit den Leuten ins Gespräch gekommen ist. Sind politische oder behördliche Reaktionen in Österreich immer nur dann fällig, wenn die Affären schon im umgebenden Ausland Unmut auslösen?

Warum gibt es hierzulande immer noch Gazetten wie die „Deutsche National- und Soldatenzeitung“? Warum grassieren immer noch Pressemachwerke wie „Halt“ oder die „Kommentare zum Zeitgeschehen“, von Neonazigruppen ediert, und „akademische“ Organe wie die „Aula“ des Umvolkers Mölzer, der immerhin unbestritten der Ideologe der FPÖ ist – mit dem Anspruch, gelegentlich seine „Privatmeinung“ öffentlich zu machen? Daß man Herrn Ochsenberger und seine Zeitschrift „Sieg“ unter

mierter Gesetze zu verfolgen. Darüber hinaus dürfen die Bemühungen nicht nachlassen, die Jugend immer wieder darüber aufzuklären, warum der Nationalsozialismus auch in Österreich Erfolg hatte, was seine furchtbaren Folgen waren und warum Österreich seine Eigenstaatlichkeit verloren hat.

Wer angesichts Hunderttausender Opfer die damaligen Ereignisse zu verharmlosen versucht, macht sich moralisch schuldig und disqualifiziert sich selbst.

Das demokratische Österreich ist heute gefestigt und kann mit großem Selbstbewußtsein an der Gestaltung des neuen Europa teilnehmen. Die Märztage des Jahres 1938 bleiben uns mahrender Auftrag, dieses neue Europa demokratisch und solidarisch zu gestalten“, betonte Bundeskanzler Dr. Vranitzky abschließend.

dem einzelnen in der materiellen Zielverfolgung nützlich war“, erklärte SPÖ-Abgeordneter Dr. **Rupert Gmoser** in einem Interview, das am 14./15. März 1992 in der Tageszeitung „Der Standard“ erschienen ist.

„In den neunziger Jahren führt die Ideologie der Ideologielosigkeit zum Populismus. Die Schlagzeilen der Boulevardpresse bestimmten die politischen

fast schamhaft eingeschränkter Handhabung des NS-Gesetzes aus dem Verkehr gezogen hat, ist ein schmaler Silberstreif am bräunlichen Demokratiehorizont. Wenn eine Neonazigazette wie das erwähnte „Halt“ Herrn Jörg Haider zu dessen Wahlerfolg in Wien gratuliert und dies mit der Feststellung tut, er hätte „Wortwahl und Zielsetzung unserer rechtswidrig verbotenen ‚Liste Nein zur Ausländerflut‘ fast wortgetreu“ übernommen, dann lohnt ein Hinweis auf die Partei dieses Übernehmers.

Dem Bericht des Untersuchungsausschusses „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ des Europaparlaments (Juli 1990) ist zu entnehmen, daß die FPÖ „am äußersten rechten Rand des österreichischen Parteienspektrums“ stehe. Und wenn ein auf den Namen Kowarik hörender Gemeinderat der FPÖ unter anderem auch „Schriftleiter“ des „Eckartsboten“ gewesen ist, der darum besorgt ist, „Deutsche vor dem Verlust ihres Volkstums zu schützen“, dann hat man das Gefühl, daß an diesem rechten Rand die Grenzen fließen. In Anbetracht solcher Unübersichtlichkeit sollten sich Sozialdemokraten mehr denn je bewußt sein, daß ihre Markierung rot ist. HP

Zielrichtung der Parteien“, heißt es in dem Interview weiter. Lebensstandards und soziale Sicherheit würden nicht ausreichen, der Sinnentleerung entgegenzuwirken. Dieses Manko würde besonders von der jungen Generation als schmerzlich empfunden. Bestes Mittel der Demokratie gegen Extremismus sei ein entsprechendes Wertebewußtsein. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus und jeglichen Totalitarismus sei von vorneherein zum Scheitern verurteilt, wenn die Demokratie nicht stärker wertorientiert sei, meinte Dr. Gmoser.

Ideologie kein leerer Wahn

Ideologie sei kein leerer Wahn, den sich nur blutleere Theoretiker leisten, sondern wertorientierte Politik wäre auch am Wahlergebnis positiv ablesbar, sagte Abg. Dr. Gmoser in dem „Standard“-Interview.

Schluß mit Mölzers „Narrenfreiheit“

Seine Forderung nach dem Rücktritt von FPÖ-Bundesrat Mölzer bekräftigte der Obmann des Verfassungsausschusses des Nationalrates, SPÖ-Abgeordneter Dr. Edgar Schranz, Ende März in einer SK-Aussendung. Es sei eine Schande, daß die FPÖ keine Veranlassung sieht, Mölzer zum Rücktritt zu bewegen und seine am extremen rechten Rand angesiedelte Deutschtümelei noch unterstützt, betonte Schranz.



Dohnal: FPÖ trägt Mitverantwortung für Rechtsextremismus

„Des Lebenswerkes von Käthe Leichter zu gedenken, muß für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten angesichts der aktuellen rechtsextremen Tendenzen und neofaschistischen Umtriebe auch bedeuten, ihr Gedankengut neu zu begreifen. Wenn wir Antifaschismus nicht als einen Teilbereich, sondern als eine Dimension des Politischen begreifen wollen, kann unsere Aufmerksamkeit nicht an den Ursachen bestimmter gesellschaftlicher Entwicklungen vorbeigehen. Es wird uns auch nicht die Frage nach den eigenen Fehleinschätzungen und Versäumnissen erspart bleiben“, erklärte Frauenministerin Johanna Dohnal anlässlich des 50. Todestages von Käthe Leichter, die im Februar 1942 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück ermordet wurde.

In Österreich existieren heute – vielleicht auch ermutigt durch die demokratische Toleranz von Regierung und Behörden – rund 40 rechtsextreme (darunter vier bis fünf neofaschistische) Kleingruppen, führte Dohnal aus. Die geringe Mitgliederzahl dieser Gruppen (rund 300 Mitglieder in Österreich) darf uns nicht über deren Gefährlichkeit täuschen. Seit Beginn der achtziger Jahre sind wir mit einem spürbaren Anwachsen ausländischer Propaganda konfrontiert. Deutlich antisemitische Töne waren im letzten Bundespräsidenten-Wahlkampf 1986 zu vernehmen. Autoritäre Hierarchien, die traditionelle Frauenrolle, Ablehnung sozialer Chancengleichheit und Integration von Ausländern oder Flüchtlingen sollen uns heute wieder schmackhaft gemacht werden. Ängste und Emotionen der Menschen werden angefacht und neurotische Sicherheitsbedürfnisse erzeugt. Gleichzeitig werden Außenseiter als Sündenböcke benützt. Das Muster ist so alt wie die Geschichte der Menschheit und uns bestens bekannt.

In den letzten Jahren hat sich international verstärkt eine besondere Spielart rechtsextremer Propaganda breitgemacht, die uns zwar grundsätzlich nicht unbekannt ist, deren pseudowissenschaftliche Methode aber besonders gefährlich ist, sagte Dohnal weiter. Die „Revisionisten“, wie sie sich selbst bezeichnen, haben sich auf die Leugnung und Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen spezialisiert und richten sich mit ihren Broschüren und Flugblättern an eine Generation, die von den Greueln des Naziregimes nur allzuwenig weiß und wissen will.

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Worte zu jener politischen Partei verlieren, die bei den letzten Wahlen für beängstigend viele Wähler offensichtlich eine Alternative war, führte Dohnal weiter aus. Ob es sich bei der gelegentlich verwendeten Wortwahl von FPÖ-Funktionären und ihres Obmannes Jörg Haider um berechnendes Kalkül oder das unbeabsichtigte Hervor-

blitzen des alten Rostes ewig gestrigen Gedankengutes unter neuem Lack handelt, mag dahingestellt sein. Äußerungen Haiders über „die ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ oder die „Endlösung der Bauernfrage“ oder der Ausspruch „Kärntner Wesen, an dem die Republik genesen kann“, beweisen jedenfalls die geistige Mitverantwortung der FPÖ für das Anwachsen rechtsextremer Aktivitäten in Österreich, betonte Dohnal.

Die Sprache wird immer deutlicher

Auch die Kontakte namhafter FPÖ-Mandatare zur rechtsextremen Szene

sowie die Äußerung rassistischen Gedankenguts seitens des „Freiheitlichen Bildungswerks“ durch die Forderung nach „ethnischer Verträglichkeit“ der Zuwanderung von Fremden sind Beispiele für die Signale, die hier ausgesandt werden. Die Sprache wird immer deutlicher. Zuletzt sprach Mitte Februar 1992 ein Bundesrat Mölzer von eben dieser Partei in einem Referat vor dem Akademikerbund seiner Partei, der FPÖ, von der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich, die „erstmalig in seiner tausendjährigen Geschichte“ vor einer „Umvolkung“ steht. Er sprach von einer „biologischen Potenz der Deutschen“ und von einem „überalterten und schwächeren Volkskörper, der dynamischen Zuwanderern gegenübersteht“.

Und die FPÖ-Kandidatin zur Bundespräsidentenwahl findet angesichts solcher Aussagen, von Journalisten befragt, man möge den Herrn nicht so ernst nehmen – Originalzitat: „Herr Mölzer ist Mitarbeiter des Parteiobmannes, nicht mehr. Ich kann mit dem Begriff (Fortsetzung auf Seite 4)

Käthe Leichter (1895–1942)

Marianne Katharina Pick, wie ihr Mädchenname lautete, wurde am 20. August 1895 in Wien als Tochter einer wohlhabenden Familie geboren. Sie genoss eine gründliche und umfassende Erziehung, die auf eine berufliche Laufbahn abgestellt war. Da es damals für eine Frau unmöglich war, in Österreich ein staatswissenschaftliches oder juristisches Studium aufzunehmen, erwarb sie ihr Doktorat in Heidelberg. Nach 1918 arbeitete sie im Finanzministerium und gleichzeitig im Büro der von Otto Bauer geleiteten Sozialisierungskommission. In der Festschrift zum 70. Geburtstag von Karl Kautsky schrieb sie eine längere Arbeit über „Die Erfahrungen des österreichischen Sozialisierungsversuches“. 1924 übernahm Käthe Leichter das Referat für Frauenarbeit in der Arbeiterkammer. 1930, gerade als ihr jüngerer Sohn geboren wurde, veröffentlichte sie ein Werk über Frauenarbeit und soziale Frauenprobleme, das „Handbuch der Frauenarbeit“. Es war eine Enzyklopädie, ein Markstein in der österreichischen sozialpolitischen Literatur der Ersten Republik. Sie bekleidete niemals eine öffentliche Funktion und war nicht einmal Kandidatin auf einer der „Listen“ für öffentliche Wahlen. Unermüdlich arbeitete sie in den Bildungs- und Erziehungsorganisationen der Sozialdemokratischen Partei, in deren Bezirksorganisation Innere Stadt, wo sie schließlich geschäftsführender Bezirksammann war, sie politische Kleinarbeit leistete. Nach dem Februar 1934, als sie von der Polizei intensiv gesucht wurde, ging sie mit ihrer Familie für einige Monate nach Zürich, kehrte aber bereits Ende August 1934 nach Wien zurück, wo sie sofort die politische Untergrundarbeit aufnahm. 1936 übernahm sie die Leitung des politischen Nachrichtendienstes der Revolutionären Sozialisten. Als 1938 die Nazi in Österreich einmarschierten, wollte Käthe Leichter nicht mit ihrem Mann ins Ausland flüchten, da sie sich nicht von ihren Kindern trennen wollte. Ihr Glaube, die Nazi würden sie legal ausreisen lassen, erwies sich als tragische Illusion. Am 31. Mai 1938 drohte die Gestapo, Käthe Leichters Mutter als Geisel zu nehmen, wenn sie selbst sich nicht stellen würde. So ließ sie sich aus Verantwortungsgefühl für die Mutter verhaften und verbrachte die letzten vier Jahre ihres Lebens im Gestapogefängnis, im Wiener Landesgericht und schließlich vom Spätherbst 1939 bis zu ihrer Ermordung im Februar 1942 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück.

„Hoch der 1. Mai“: 102 Jahre Maiabzeichen

Die Ursprünge der Maibewegung gründeten auf dem schon Jahre zurückreichenden internationalen Kampf der Arbeiterbewegung, dessen Schwerpunkt auf der sozialpolitischen Forderung nach Einführung des Achtstundentages lag. Diese Achtstunden-Losung war auch wichtiges Initium für die schweren Arbeitskämpfe der amerikanischen Arbeiterschaft, die schließlich zur berühmten und blutigen Versammlung am Chicagoer Haymarket des 4. Mai 1886 führten. Zunächst schien nach diesen Ereignissen die Achtstunden-Bewegung zerschlagen, doch schon am Kongreß der American Federation of Labor von 1888 in St. Louis gelang es der Arbeiterschaft, diesen Kampf weiter zu treiben und als Ziel die Einführung der Arbeitszeitverkürzung mit dem 1. Mai 1890 zur proklamieren. Für die amerikanischen Arbeiter und Arbeiterinnen sollte so der achtstündige Arbeitstag langsam Realität werden.

Für Europa begann das konsequente solidarische Einstehen für den Achtstundentag mit dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris vom 14. bis zum 20. Juli 1889, an dessen letztem Verhandlungstag der französische Gewerkschaftler Raymond Lavigne beantragt hatte, eine ursprünglich gar nicht vorgesehene Resolution anzunehmen. Der Wortlaut dieser Resolution war von Bebel, Liebknecht, Adler, Vaillant, Lafargue erst kurz vorher formuliert worden: „Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tag die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen. In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits vom Amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labor) auf seinem Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen. Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.“

Die mehrheitliche Annahme dieser Resolution war die eigentliche Geburtsstunde der internationalen Maifeiern. Es ist hier nicht der Platz, eine umfassende Darstellung nach Wertigkeit, Umfang, Bedeutung, Ursprung, Charakter dieses wohl wichtigsten und beeindruckend-

(Fortsetzung von Seite 3)

Umvolkung nichts anfangen und wundere mich, daß jemand, der auf die deutsche Sprache solchen Wert legt, ein so häßliches Wort gebraucht.“

Wut, Scham und Trauer empfinde ich darüber, daß in dieser Republik noch immer solche Aussagen getroffen und verharmlost werden dürfen, sagte Frauenministerin Johanna Dohnal abschließend.



sten Festes der internationalen und auch österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft vorzunehmen. Harald Troch stellt in seiner Dissertation fest, daß es schon mit der ersten Maifeier von 1890 gelungen war, „eine politisch motivierte, solidarische Formierung einer proletarischen Gegenöffentlichkeit zu schaffen (. . .). Der Charakter der Maifeier war wesentlich geprägt von der Verbindung von politischer Forderung und praktischer Aktion. Die Maifestidee wurde somit bald nach ihrer Entstehung zu einer politischen Leitvorstellung, deren Bedeutung auf ihrer massenmobilisierenden und agitatorischen Wirkung beruhte“. Für Österreich bedeuteten die Erfahrungen des 1. Mai 1890 schließlich, daß sich die österreichische Sozialdemokratie auf eine Massenbasis stützen konnte.

Sprechende Bilder

Schon zur ersten Maifeier 1890 gaben die sozialdemokratischen Organisationen propagandistisches Material heraus. Dabei war ein hervorstechendes agitatorisches Mittel das Festabzeichen, das neben einer Vielzahl anderer Medien aufgelegt wurde – neben den offiziellen Maifestschriften, den speziellen Ausgaben der „Glühlichter“ und anderer Zeitschriften zum Maifest. Später kamen auch die Maipostkarten dazu und immer wieder eine Menge von Flugzetteln und Plakate verschiedener sozialdemokratischer Organisationen.

Maiabzeichen waren im Unterschied zu den anderen Abzeichen der Arbeiterbewegung sprechende Bilder, sie konnten und mußten viel flexibler als die anderen Embleme auf die jeweils aktuelle Situation eingehen – zunächst in allgemein politischen sozialdemokratischen Forderungen, dann in tagespolitischen. Im Gegensatz dazu hatten die allgemeinen Abzeichen der Sozialdemokratie und die Abzeichen der Vereine andere Aufgaben und mußten längere Zeiträume überdauern. Formal orientierte sich das Maiabzeichen wesentlich mehr an der Medaillen- und Plakettengestaltung und stellt im Rahmen seiner Ge-

brauchs- und Verwendungsaufgabe das eigenständigste Objekt unter den Abzeichen der Bewegung dar, genauso wie der eminente Anlaß, zu dem es getragen wurde. Die Grafik der Maiabzeichen selbst entspricht etwa auch der Grafik der Festschriften und der „tonangebenden“ fortschrittlicheren Gestaltung der satirischen Zeitung der „Glühlichter“.

Maiabzeichen gab es in versilberter und bronzierter Ausführung, manchmal auch in vergoldeter. Die Massenaufgabe und die einfache Herstellungstechnik – es gab keine Emaillierungen, nur die früheren Zeichen (bis 1902 und mit der Ausnahme von 1893) waren partiell farbig gefaßt – begünstigten eine relativ niedrige, günstige Preisgestaltung, denn das Festzeichen sollte nach Forderung der Parteilitung von jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin getragen werden. Trotzdem war dieses Ansinnen aus finanziellen Gründen von den Proletariern nicht durchwegs leistbar.

Agitation um den Vertrieb

Ab dem Jahr 1896 wird dem Maifestabzeichen das rote Band beigefügt, gleichsam als Ersatz für das Verbot, die roten Fahnen mitzuführen. Eine vorerst befürchtete Konfiskation der Maifestzeichen hatten die Polizeiorgane wegen des massenhaften Auftretens gar nicht in Erwägung gezogen.

Die Agitation um den Vertrieb des Maifestabzeichens begann alljährlich und systematisch durch die Veröffentlichung von kurzen Artikeln, Inseraten in der „Arbeiter-Zeitung“ und anderen Zeitungen. Flugzettel, verteilt an Organisationen und Kolporteurs, gaben schon Wochen vor dem Maimarsch Aufschluß über Vertrieb, Preis und Motiv des kommenden Abzeichens. Wie wichtig die Funktionäre der Arbeiterbewegung die Maifestabzeichen selbst nahmen, zeigt auch die Zusammenstellung der zwanzig Abzeichen zwischen 1891 und 1911 in der Maifestschrift von 1911.

Wenig wissen wir hingegen um die Beschlußfassung zur inhaltlichen Aus-



richtung, um Auftragsvergabe und über die Vorarbeiten zum Entwurf von den speziellen Entwerfern und Herstellern. Zwar hatte die Partei, wie schon beschrieben, zumindest einmal versucht, das Bild für ein Maibazeichen, für jenes von 1894, im Rahmen eines Wettbewerbs zu wählen. Über diese Ergebnisse liegen keine Berichte vor. Dieses Abzeichen könnte in der Folge trotz der Ausschreibung vom Zeichner der „Glühlichter“, Friedrich Kaskeline, gestaltet worden sein. Vielleicht stammen von diesem Illustrator auch manche der folgenden Abzeichen, die von nun an bildlich und kompositorisch komplexer ausfielen. 1899 wählte man zum einzigen Mal ein allgemein bekanntes Vorbild, nämlich die „Liberté“ aus der „Marseillaise“ von Gustave Doré. Das Abzeichen von 1900 wurde, wie die „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. Mai 1900 berichtet, von Karl Zewy entworfen. 1904 stellte die Firma Gschirmeister das Abzeichen her. 1906 figurierte das Titelblatt der Schrift zur Erinnerung an die große Wahlrechtsdemonstration vom 28. November 1905 „Der Wahlrechtstag“, wahrscheinlich von Otto Friedrich entworfen, als Vorbild. 1912 geschah eine Weiterbearbeitung von Walter Cranes Grafik: „Solidarity of Labour“.

Zukunftssonne und rote Fahne

Die ersten Maibazeichen zwischen 1890 und 1893 nützten noch heraldische Formen bzw. Wappendarstellungen mit wenigen bildlichen Attributen. Ab 1894 lei-



steten personifizierende Allegorien die Visualisierung der sozialistischen Forderungen und Utopien. Bis zum Maibazeichen von 1910, das die den Sozialismus verkörpernde Freiheit als Hoffnungsbild des ausgebeuteten Proletariats verwendete, standen dabei beinahe qualitativ wie quantitativ gleichwertig die „Liberté“ und der Arbeiter ikonografisch nebeneinander. Nach dieser Darstellung waren nur mehr der Arbeiter, er war bildlich seit dem Zeichen von 1895 vorhanden, und Figuren aus dem Proletariat auf den Maibazeichen präsent. Neben den Figuren der „Freiheit“ und des Arbeiters verstärkten verschiedene „klassische“ Epitheta die Darstellungen. Erstrangig waren es die aufgehende Zukunftssonne und die wehende rote Fahne, dann die verschlungenen Hände, sowohl in der emblematischen Verkürzung des Arbeiterwappens als auch im Handschlag der

dargestellten Personen, dann Personengruppen stellvertretend für das Proletariat, der Drache des Mammons und des Kapitalismus, die lodernden Fackeln, Lorbeer und Lorbeerkränze, Werkzeuge, Hammer und Amboß, gesprengte Ketten, das Schwert und schließlich die idealisierte und industrialisierte Landschaft.

Der äußere heraldische Umriß der frühen Abzeichen wurde mit Beginn der figurlichen Darstellungen von einem historistischen abgelöst. Ab 1900 beeinflussten Sezession und Jugendstil die Darstellungen – die Figuren wurden nur mehr angeschnitten präsentiert, auch die Schrift erhielt den modernen Charakter, die Epitheta wurden in der Zahl verringert, erreichten aber einen wichtigeren kompositorischen Stellenwert. Ab 1903 bis zum letzten Abzeichen von 1914 wich die unregelmäßige Form jener der Klippe, die Zeichen näherten sich auch stilistisch, vielleicht mit der Ausnahme von 1912, den Gestaltungskriterien der Plakette und Medaille an.

Die Bildthemen selbst orientierten sich meist an den allgemeinen Vorgaben sozialistischer Forderungen, dazu setzten die Gestalter(innen) auch neben die Bilder die kürzestmöglichen Formulierungen allgemeiner politischer Losungen ins Bild. Nur zweimal formulierten sie neben diesen allgemeinen Verbildlichungen der sozialistischen Ideen auch aktuelle politische Ereignisse. Im Jahr der ersten allgemeinen Wahlen, 1907, wurde der kurz bevorstehende Urnengang Bildvorlage, eben mit der Darstellung der Wahlurne, und 1911 die gewaltige steuerliche Belastung, die sich durch die Erhöhung der militärischen Ausgaben für das Volk ergeben mußte – versinnbildlicht durch ein schwer auf die Schultern des Arbeiters drückendes Kanonenboot. Das Elend des Proletariats zeigt einzig das Zeichen von 1913.

„Die Arbeit hoch!“

Der 1. Mai als Kampftag der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war ein äußerst wirksames Forum, um die politischen Forderungen der Arbeiterschaft einerseits zu verstärken, andererseits überhaupt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rufen. So trugen auch die schriftlichen Beifügungen auf den Maifestzeichen nach den allgemeinen humanistischen Losungen der ersten Maikundgebungen ab 1891 mit ihren Parolen „Die Arbeit hoch“, „Liberté, Egalité, Fraternité“ und den Appellationen zur Erringung des Achtstundentags, besonders ab 1895, konkrete Forderungen. Die Losung zum „Allgemeinen gleichen direkten Wahlrecht“ kehrte bis 1906 öfters wieder. In der Kurzform auf den Abzeichen waren diese Schlagworte immer positive, in die Zukunft gerichtete Forderungen.

Nach Erringung des Wahlrechts von 1907 trugen die meisten Forderungen auf den Abzeichen zumindest im Ansatz

auch tagespolitische Losungen: „Alters-, Invaliditäts-, Waisen-, Witwenversorgung“, „Weg die Militärlasten“ (1911), „Mehr Arbeiterschutz“ (1913). 1912 und 1914 appellierten die Aufschriften an internationale Arbeitersolidarität, schon in Voraussicht auf die kommende Kriegsgefahr. Trotzdem – wenn nach Harald Troch die politischen Aufrufe, wie sie in den Resolutionen und Botschaften während der Maifestveranstaltungen proklamiert worden waren, sowohl mittelfristig zu verwirklichende Programme als auch Forderungen der Tagespolitik enthielten – die Kurzformulierungen auf den Maifestzeichen spiegelten diese spezifischen Losungen nur reduziert wider.



„Souvenir 1. Mai 1890“

Als „Kravattennadel“ in Form eines herzförmigen Wappenschildes mit der in Email ausgeführten Inschrift „Souvenir 1. Mai 1890“ bezeichnet „Das Vaterland“ vom 1. Mai 1890 das erste Maifestzeichen der Sozialdemokratie. Es war ein einfaches doppelaschenförmiges Schild, das die Maidemonstrant(inn)en mit einer Anstecknadel angeheftet trugen. Die Inschrift, die kreuzweise mit einer Bandmasche gebundenen Lorbeerzweige und der erhabene Wappentrand waren in goldfarbenem Blech geprägt, der Wappengrund dunkelrot, wahrscheinlich nur lackiert, nicht emailliert. Dieses Zeichen war möglicherweise nicht das einzige. Die schon zum 1. Mai formierten Ordnerriegen trugen, was schon erwähnt wurde, weiße Abzeichen, und manche Illustrationen in den bürgerlichen Blättern zeigen an den Rockrevers relativ große rechteckige Dekorationen – wahrscheinlich wurden auch papierene Festzeichen getragen.

Das Maifestzeichen von 1891 hat eine erstaunlich moderne Form: In der zurückhaltenden Größe der damals üblichen Arbeiternadeln führt die Maifestschrift von 1911, die, wie schon beschrieben, eine Überschau aller Festzeichen zwischen 1891 und 1911 bietet, ein rundes Emblem vor, in dessen Zentrum die verschlungenen Hände den Hammer halten. Das ebenfalls runde Mittelbild wird von einem weißen Schriftband umrahmt, das die Schrift: „Die Ar-

„Der Bundeskanzler hat dieses Fühlen nicht gezeigt“

Otto Bauers große Parlamentsrede am 26. Juli 1927

Am 30. Jänner 1927 kam es in Schattendorf im Burgenland zu einem folgenschweren Zwischenfall. In den Ort waren für den Nachmittag – es war ein Sonntag – Versammlungen sowohl des Republikanischen Schutzbundes der Sozialdemokratie wie der Frontkämpferversammlung einberufen worden. In einem Gasthaus kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der beiden Gruppen, die mit einer Schießerei endete. Dabei wurden der achtjährige Josef Grössing und der vierzigjährige Hilfsarbeiter Matthias Csmarits getötet. Am 5. Juli 1927 begann in Wien der Geschworenenprozeß gegen die Täter, der am 14. Juli mit dem Freispruch der Angeklagten zu Ende ging. In einem Leitartikel bezeichnete die „Arbeiter-Zeitung“ diese „aufreizende Freisprechung von Menschen, die Arbeiter getötet haben“ als „Bürgerkrieg“. Aus dieser „Aussaat von Unrecht“ könne nur „schweres Unheil“ entstehen, warnte die Zeitung.

(Fortsetzung von Seite 5)

beit hoch“ und einen sechszackigen Stern am unteren Rand des Schriftfelds trägt. Am Zeichen selbst findet sich weder ein Hinweis zum Jahr noch zur Maidemonstration. Uns ist ein anderes allgemeines Abzeichen erhalten, das formal gleich gestaltet ist und nur Divergenz in der Schrift aufweist. „Rechte dem Volke“ heißt es auf weißem Schriftgrund, der Hintergrund des Schildes ist rot, die Konturen und die Schrift sind golden ausgeführt. Ein diesem Abzeichen gleich ausgebildetes wurde außerdem im Auftrag der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei nach 1890 angefertigt: mit der Aufschrift: „Jogot a nepnek“ (Recht dem Volk) bzw. jenes gleichbedeutend in Slowakisch mit der Aufschrift: „Pravo ludu“. So könnte man vermuten, daß bildidentische Abzeichen mit unterschiedlichen Aufschriften zur zweiten Maifeier verwendet worden oder eben nur allgemeine Abzeichen getragen worden waren. Erstaunlich ist jedoch, daß nach dem Erfolg der ersten Maifeier keine spezielle Herausgabe eines definierten Abzeichens erfolgte. Finanzielle Gründe könnten hier maßgeblich gewesen sein. In Erinnerung an die Maifeier selbst wurde jedoch eine Medaille geprägt.

Mehrsprachig – zum einzigen Mal

1892 beginnt die ununterbrochene Reihe der spezifischen Festzeichen, zunächst in objekthafter und noch nicht figurativer Formulierung. Vor einer roten metallenen Bandmasche befindet sich das goldene Arbeiterwappen mit den verschlungenen Händen und dem Hammer, dazu wurden der Anlaß „1. Mai 1892“ und erstmalig die politischen Losungen „8 Stunden Tag Allgem. Wahlr.“

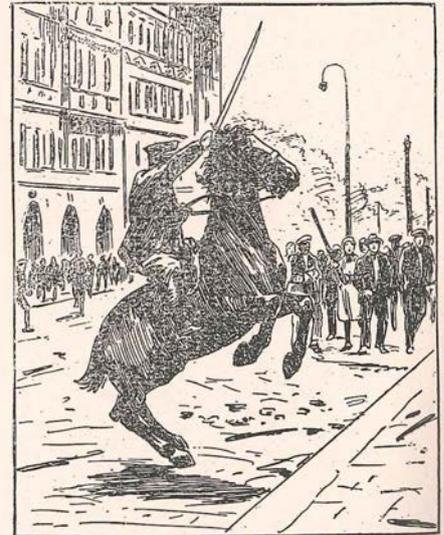
geprägt. Hinter dem Wappen steckt ein gold-grünes Maiglöckchenbüschel. Bildsprachlich ähnlich zeigt sich auch das Titelbild jener Maifestschrift von 1892, welche die „Arbeiter-Zeitung“ herausgegeben hatte.

Mehrsprachig zum ersten und einzigen Mal verkündet das Festzeichen 1893 seine Bedeutung: „Hoch 1. Mai, Slava 1. Mai, Wiwat 1. Maj, Evviva 1. maggio“. Ein barockes bronzenes Rundmedaillon, umgeben von Lorbeerzweigen und Rocailles, trägt die Schriften, zwei lodernde gekreuzte Fackeln der Aufklärung unterstreichen die Jahreszahl. Ein einmaliges Beispiel für die supraethnischen Vorstellungen der österreichischen Sozialdemokratie.

*

Obenstehender Beitrag über die Maiabzeichen ist ein stark gekürzter Auszug aus einem Kapitel des Buches „Blutigrot und silbrig hell . . .“ von **Josef Seiter**, in dem über „Bild, Symbolik und Agitation der frühen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Österreich“ berichtet wird (**Böhlau Verlag, Wien 1991, 232 Seiten, 210 Abbildungen, davon 41 in Farbe, 490 S**). Dieser geschmackvoll ausgestattete Band sollte eigentlich in keiner sozialdemokratischen Familie fehlen, er gibt aber auch so manche Anregung für die Leute, die in unseren Tagen die Agitation für die Sozialdemokratie betreiben. Es kann ja bekanntlich nie schaden, sich über die eigene Geschichte zu informieren. Allein der Hinweis, daß es 1893 ein mehrsprachiges Maiabzeichen („Hoch 1. Mai, Slava 1. Mai, Wiwat 1. Maj, Evviva 1. maggio“) gegeben hat, regt vielleicht zur Gestaltung des Maiabzeichens 1993 an. Nach 100 Jahren wäre es wieder an der Zeit, Internationalität wenigstens im Abzeichen zu zeigen.

In den Morgenstunden des 15. Juli 1927 kam es zu Proteststreiks gegen das Urteil, Arbeiter zogen aus den äußeren Bezirken in die Stadt. Ziel war der Justizpalast auf dem Schmerlingplatz, wo gegen das Urteil des Geschworenengerichts protestiert werden sollte. Der aufgebrachten Menschenmenge gelang es, den Justizpalast zu stürmen. Dabei kam es zur Brandlegung in dem Gebäude, das bald zu brennen begann. Nachdem es Bürgermeister Karl Seitz nicht gelang, der Feuerwehr einen Weg durch die Menschenmasse zu bahnen, eröffnete die Polizei das Feuer auf die Menschen. Die Polizisten gingen zu Pferde gegen die Menschen vor, und es



kam zu schweren Opfern. 82 Menschen, unter ihnen fünf Polizisten, wurden getötet, mehr als zweihundert Menschen wurden verletzt.

Der Nationalrat diskutierte am 26. Juli die Ereignisse. Dabei gab Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel eine Erklärung ab, in der er den Polizisten, die auf die Menschen geschossen hatten, seinen Dank aussprach („sie haben ihre Pflicht erfüllt“) und dann die „Bitte“ an das Parlament richtete: „Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, das den Opfern und den Schuldigen an den Unglückstagen gegenüber milde scheint . . .“ Das trug ihm den Ruf ein, ein „Prälät ohne Milde“ zu sein.

Dann erhob sich Dr. Otto Bauer zu einer großen Rede, die er mit der Schilderung des Erlebnisses der Aufbahrung der 57 Särge mit Opfern des 15. und 16. Juli begann:



Vor dem Zentralfriedhof in Wien war ein langes Podium aufgerichtet, und vor der Mauer, die mit schwarzem Tuch ausgeschlagen war, standen sieben- und fünfzig Särge, und um jeden Sarg herum standen Frauen, Männer und Kinder, die den Gatten, den Vater, das Kind verloren hatten. Wer damals vor diesen Särgen stand und das Weinen und Aufschreien der Frauen gehört hat, dem kommt dieses Bild von neuem wieder vor Augen, wenn er über die Ereignisse, die er hier schaudernd miterlebt hat, so mit der kleinlichen politischen Absicht reden hört, wie wir es heute gehört haben. Es gibt Stunden, in denen jeder fühlende Mensch, dem die Politik ein Mittel zur Hebung des Volkes in seinem Sinne ist, das starke Gefühl hat, daß alles Politische hinter das Moralische zurücktreten muß. Eine solche Stunde habe ich damals angesichts dieses unbeschreiblichen menschlichen Jammers erlebt. Wir haben Szenen gesehen, die ungleich entsetzlicher waren als jedes Massenbegräbnis im Kriege. Damals habe ich nicht gesucht, wie ich meinem politischen Gegner etwas ankreiden könnte, sondern ich hatte nur ein Gefühl: Wenn etwas so Furchtbares geschehen ist, dann hat jeder, Sie so gut wie wir, ehe er einen anderen anklagt, zunächst die moralische Pflicht, sein eigenes Gewissen zu erforschen.

„Ergebnisse unserer Gewissensprüfungen“

„Es ist mein Wille“, so sagte Otto Bauer weiter, „ehe ich ein Wort der Anklage gegen andere erhebe, nun vor diesem Hause und dem ganzen deutschösterreichischen Volke zu sagen, was das Ergebnis unserer Gewissensprüfung ist, offen zu bekennen, worin wir uns für schuldig halten.“ Ein Fehler sei es gewesen, so bekannte Bauer ganz offen, daß die Partei die Situation verkannt, daß sie die Arbeiter trotz allen schweren Bedenken, die dagegen sprachen, nicht selbst zur Demonstration aufgerufen und versucht hat, sie zu ordnen. Ein zweiter Fehler war es, daß der Schutzbund nicht schnell genug alarmiert wurde, und der dritte Fehler, daß die Partei sich nicht schon am 15. Juli entschlossen hatte, die Gemeindefürsorge aufzustellen, wie es in den Tagen danach geschehen ist. Dann sprach Otto Bauer von den österreichischen Arbeitern:

Der österreichische Arbeiter – unter den Demonstranten waren sehr viele Arbeitslose – hat wirtschaftlich Unerhörtes gelitten, mehr als die Arbeiter irgendeines anderen Landes der Welt. Die österreichische Arbeiterschaft hat nach der Hungerzeit des Krieges und der ersten Nachkriegszeit jene beispiellose Arbeitslosigkeit durchlebt, die heute noch lähmend auf uns liegt, die zur Folge hat, daß Menschen durch zwei und drei Jahre keine Arbeit finden können, daß junge Menschen, die aus

der Schule austreten, keine regelmäßige Beschäftigung finden, was für sie nicht nur wirtschaftliche Not, sondern auch moralische Gefährdung bedeutet. Diese Arbeiterschaft erträgt Löhne von entsetzlicher Niedrigkeit, die eine Folge der wirtschaftlichen Situation dieses Landes sind. Trotz dieser beispiellosen wirtschaftlichen Not hat dieses Land seit dem Kriege weniger gewaltsame Erschütterungen erlebt als jedes andere Land. Die österreichischen Arbeiter haben mit übermenschlicher Geduld die wirtschaftliche Not, die demoralisierende Wirkung der Arbeitslosigkeit durch die ganzen Jahre ertragen, und keine wirtschaftliche Not und keine Arbeitslosigkeit hat sie zur Gewalttätigkeit verleitet. Nur eines ging über die Kraft ihrer Nerven. Seit Jahren erleben wir es immer wieder, daß sozialdemokratische Arbeiter, Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes, bei irgendeinem Wirbel erschossen werden. Es fällt mir gewiß nicht ein, zu leugnen, daß auch Sozialdemokraten Gewalttaten verübt haben, aber nie bis zum Totschlag. Immer waren es wir, die die Todesopfer gebracht haben. Wir haben unseren Birnecker, unseren Still, unseren Kovarik, unseren Müller, und wir haben jüngst unseren Csmarits und den kleinen Grössing begraben. Und immer wieder war vor dem Gericht nicht der Mörder schuldig, sondern der Ermordete! Einmal nach dem anderen hat das Gericht die Sühne verweigert. Fühlen Sie nicht, daß, wenn diese Verletzung des Rechtsgefühls einen wilderen Ausbruch der Empörung hervorgerufen hat als die schlimmste wirtschaftliche Not, in dieser Empörung etwas liegt, was gerade Sie schätzen sollten, nämlich eine moralische Größe in den Menschen, die eher wirtschaftliche Not als Mißhandlung ihres Rechtsgefühls ertragen.

Menschliches Leid lindern

Otto Bauer zeigte dann den Unterschied zwischen der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Methode, auf verzweifelte Menschen zu wirken und schilderte aus eigener Anschauung, wie die Demonstranten von den Polizisten unter Kreuzfeuer genommen worden waren. Er forderte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und einen Akt der Amnestie:

Ich habe nicht erwartet, daß uns der Bundeskanzler heute eine Amnestie vorschlagen wird, aber ich habe gehofft, daß er für die Frauen, für die Kinder, für die unschuldigen Angehörigen etwas tun wird. Mit einem einmaligen Almosen ist nichts getan. Wir meinen, es müsse ein Gesetz beschlossen werden, das diese Unglücklichen analog den Kriegsbeschädigten behandelt. Ich habe das nicht gehofft, wohl aber, daß der Bundeskanzler doch irgendwie die Verpflichtung fühlen wird, dieses unermeßliche menschliche Leid irgendwie zu lin-

dern, um eine gewisse Beruhigung zu schaffen. Nicht aus Mitleid; ich weiß, Mitleid ist nicht die Tugend eines Staatsmannes. Nicht aus Humanität, denn Autorität, nicht Humanität ist Ihre Parole. Nicht aus irgendwelcher religiöser Überzeugung; denn die Pflicht ist, fest zu sein. Nein, nur aus bloßer Staatsräson, daß man nicht allzuviel Erbitterung in den Tiefen der Gesellschaft lassen soll. Es handelt sich hier nicht so sehr um die Frage des Geldes, sondern um die Frage, Beruhigung zu schaffen, durch eine Gebärde wenigstens des Fühlens für dieses menschliche Leid. Der Bundeskanzler hat dieses Fühlen nicht gezeigt . . .

Dann kam Otto Bauer zum Ende seiner großen Rede:

Sieben Jahre lang – wenn auch unter wechselnder Firma – regiert jetzt der Bundeskanzler. Und das Ergebnis dieser sieben Jahre sind diese hundert Toten! Sehen Sie sich doch an, wie sich den großen Massen unserer Arbeiter das politische Leben darstellt. Zuerst jahrelang diese entsetzliche Arbeitslosigkeit, ohne jeden wirksamen Versuch des Staates, sie zu bekämpfen. Dann vor einem Jahre die plötzliche Entdeckung der Korruption, die im Staate Platz gegriffen hat, und jetzt als Krönung des Ganzen das Blutvergießen auf den Straßen. Ein Regime des Schmutzes, nun auch mit Blut befleckt! Es wäre wohl die Stunde, wo Sie hier eine andere Sprache sprechen müssen, nicht die Sprache der pharisäischen Anklage, nicht die Sprache der „Autorität“ und des „Festbleibens“, sondern des Versuches, diese aufgeregten Massen durch eine Gebärde zu beruhigen, die zeigt, daß sich die Regierung dessen bewußt ist, so geht es nicht weiter, sie will nicht, daß ihr noch tiefer dem wilden Haß verfällt. Der Bundeskanzler war zu klein, diesen Weg zu wählen, und ich kann nur sagen: Wehe dem armen Lande, das in solcher Stunde so kleinlich regiert wird!

Die Parlamentsdebatte dauerte zwei Tage. Der Antrag, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.

(Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer hat anlässlich der 65. Wiederkehr des 15. Juli 1927 eine zeitgenössische Broschüre, „Die Schreckenstage von Wien“, neu aufgelegt. Sie ist im Sekretariat des Bundes erhältlich.)

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:
Herbert Exenberger, Bruno Liszka, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek.



DVR: 0029106(708) 0908560 919
HERBN

ERNST FRUEHAUF
DARINGERG. 12-20/23/26
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

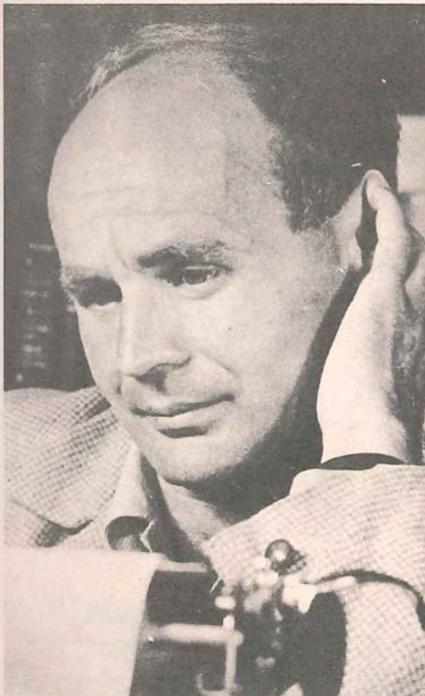
P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

NIEMALS VERGESSEN!

Joseph Buttinger gestorben

Im Alter von 85 Jahren ist der ehemalige Vorsitzende der Revolutionären Sozialisten, Joseph Buttinger, am 4. März 1992 in seinem Exil in New York verstorben.



Joseph Buttinger kam in Kärnten unter ärmlichen Verhältnissen zur Welt und engagierte sich früh in der sozialdemokratischen Bewegung. Mit 15 Jahren verließ er sein Elternhaus, um in einer Glasfabrik zu arbeiten. Danach wurde er Chef der sozialistischen Jugendbewe-

gung und 1930 Bezirksparteisekretär in St. Veit an der Glan. Nachdem er im Februar 1934 für mehrere Monate inhaftiert wurde, übernahm er den Vorsitz der illegalen Revolutionären Sozialisten. Später schilderte er in seinem Buch „Am Beispiel Österreichs“ die politische Untergrundarbeit jener Zeit.

1939 begab sich Buttinger mit seiner amerikanischen Frau Muriel Gardiner in die Vereinigten Staaten, wo er sich für die Verfolgten des Faschismus einsetzte. Nach 1945 galt sein Einsatz den Flüchtlingen aus Osteuropa. In den USA entwickelte sich Buttinger zum Vietnam-Experten und arbeitete auch für Vietnam-Flüchtlinge. Obwohl er keine Hochschulbildung besaß, wurde Buttinger einer der besten Historiker des Vietnam-Krieges. Er verfaßte zu diesem Thema mehrere Bücher, sein wichtigstes Buch heißt „Vietnam – A Dragon in Battle“ (ein Drache im Kampf). Für sein Lebenswerk wurde Joseph Buttinger mit dem Ehrendoktorat der Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt ausgezeichnet.

Muriel Buttinger, die als Psychoanalytikerin gearbeitet hatte, starb bereits vor einigen Monaten, eine Schwester, Marie Fuchs, lebt heute in Österreich.

Abschied von Leone Siolis

Man hat es Leone Siolis nicht angesehen, daß er im 84. Lebensjahr gestanden ist. Seine jugendlich wirkenden, von politischem Engagement zeugenden Gedanken und Handlungen wiesen ihn als empfindsamen, solidarisch fühlenden, stets hilfsbereiten Sozialisten aus. Er war kein „Funktionär“, aber er ist stets politisch in Funktion getreten.

Aus ärmlichen Verhältnissen, 1908 in Pola geboren, war er in kindlichem Alter nach Wien gekommen, wo Kinderarbeit seine erste soziale Erfahrung gewesen ist. Seine Reaktion darauf war das Bekenntnis zum Sozialismus. Die mit der Machtübernahme des Faschismus in Italien exilierten führenden Genossen, darunter Angelica Balabanoff und Giuseppe Saragat, zählten zu seinen Freunden.

Im Februar 1934 wurde er von den Austrofaschisten an die Wand gestellt,

und seine zufällige Rettung erwies sich als Weg in die Drangsalierungen und Verfolgungen unter dem NS-Regime, durch dessen Fährnisse er seine „rassistisch“ nicht entsprechende Lebensgefährtin in die Zweite Republik hinüberretten konnte. Er, der in den finsternen Kriegszeitensowjetischen Kriegsgefangenen Brot zugesteckt hat, blieb nun auch im Rahmen seiner bürgerlichen Existenz als Cafetier ein humaner, aktiv Helfender.

Seine Genossen haben sich in ehrlicher Trauer am 1. April 1992, in der Mittagszeit, im Wiener Krematorium von ihm verabschiedet. HP

Josefstadt

Elsa Wasserberger †. Am 29. Februar 1992 verstarb unser Mitglied Genossin Elsa Wasserberger, Witwe des ehemaligen Obmannes des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer im Bezirk Josefstadt, nach kurzer schwerer Krankheit.

Genossin Wasserberger wurde am 26. April 1911 in Wien geboren. Sie trat 1935 in der illegalen Zeit den Revolutionären Sozialisten bei und arbeitete gemeinsam mit ihrem Mann für die verbotene sozialistische Bewegung.

Nach der Verhaftung und Hausdurchsuchung im März 1938 flüchtete Ferdinand Wasserberger zunächst nach Brünn, zum ALÖS. Seine Gattin folgte ihm mit der älteren Tochter nach. Von dort begab sich die Familie ins Exil nach Frankreich. In Frankreich, im besetzten Gebiet, arbeitete Elsa Wasserberger an der Seite ihres Mannes im Matteotti-Komitee und schloß sich der französischen Widerstandsbewegung an. Nach der Befreiung Frankreichs vom Hitlerfaschismus war Genossin Wasserberger bei der Gruppe der österreichischen Sozialisten in Frankreich mitorganisiert. Später kehrte die Familie nach Wien zurück und stellte sich der SPÖ-Josefstadt zur Mitarbeiter zur Verfügung, leistete als Funktionärin ihren Beitrag zum Wiederaufbau der Josefstadt und blieb Mitarbeiterin der Partei bis zu ihrem Tode. Bei ihrer Verabschiedung hielt Genosse Leo Mistingher einen tiefempfundenen Nachruf.

Elsa Wasserberger wurde mit dem Ehrenzeichen der Republik Österreich am 16. September 1980 vom Bundespräsidenten ausgezeichnet. Wir werden Genossin Wasserberger niemals vergessen!
Bruno Liszka

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 5/6 ist der 31. Mai 1992.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.